

SOWJETZONE

ZUR WIRTSCHAFTSLAGE DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSZONE DEUTSCHLANDS IM WINTER 1961/62

Schwierigkeiten der Berichterstattung

Es sollte zum Wesen einer geplanten Wirtschaft gehören, daß alle Verwaltungsstellen und Betriebe rechtzeitig zu Beginn eines jeden Planungszeitraumes im Besitz der für sie verbindlichen Planunterlagen sind. Wie in den Vorjahren trifft jedoch auch in diesem Jahr diese banale Feststellung nicht auf die mitteldeutsche Wirtschaft zu. Ja, es fehlt sogar der sonst bereits oft vorhandene Bericht der Staatlichen Plankommission über das abgelaufene Jahr. Daß die Planung auf Schwierigkeiten stößt, nimmt nicht wunder. Im letzten Jahre waren es die Probleme der „Störfreimachung“ und die Preisgabe der bis dahin so laut verkündeten „ökonomischen Hauptaufgabe“ — das Gleichziehen mit dem westdeutschen Lebensstandard —, und in diesem Jahre dürften die Fragen der Intensivierung der Zusammenarbeit im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, aber auch die Versteifung der Beziehungen zu Rotchina und Albanien die weitgediehenen Konzepte der Plankommission über den Haufen geworfen haben.

Die Zahlen des abgelaufenen Jahres liegen jedoch vor. Wenn die Plankommission sie noch nicht in einem Bericht zusammenstellte, dann mögen dafür wieder die gleichen Gründe gelten. Es kommt aber hinzu, daß mit diesem Bericht ein Urteil darüber abgegeben werden muß, ob *Ulbrichts* Argument, die totale Absperrung der Zone von dem Westen sei notwendig zur Sicherung eines vor allem im Bereich der Arbeitskraftversorgung reibungslosen Ablaufs der mitteldeutschen Wirtschaft, nicht an der tatsächlichen Entwicklung vorbeigegangen ist. Es ist bekannt geworden, daß die Produktionsziele bei wichtigen Erzeugnissen nicht erreicht werden konnten und daß z. T. hohe Exportrückstände gegenüber Ostblockpartnern die Versprechen *Ulbrichts* Lügen strafen, nach der Ziehung der Mauer werde alles klappen. Nicht nur in Moskau, sondern auch in anderen Hauptstädten des Ostblocks dürfte sich — natürlich ohne Auswirkung auf die offizielle Sprachregelung - die Gewißheit durchsetzen, daß die Mauer wirtschaftlich keinesfalls als Aktivum und politisch auf jeden Fall als Negativum bewertet werden muß.

Bei dieser Sachlage verloren die Forderungen der SED nach Selbstverpflichtungen zur

Steigerung der wirtschaftlichen Leistung mit dem Ziel, dadurch den Abschluß eines Friedensvertrages mit der Sowjetunion noch im Jahre 1961 — später hieß es: sobald wie möglich — zu sichern, an Glaubwürdigkeit und Zugkraft, wenn sie sie je besessen haben sollten. Auch die raffinierteste Propaganda ist an gewisse Bestätigungen gebunden. Bei der für den Ostblock typischen Verflüchtigung von Politik und Wirtschaft mußte sich dies bei der Einflußnahme auf die Werktätigen am Arbeitsplatz negativ auswirken.

Neue Gesetze

Zur Wiederherstellung der nationalen Reputation hat *Ulbricht* die Flucht nach vorn angetreten, indem er zwei Gesetze mit heute noch gar nicht voll zu übersehenden wirtschaftlichen Auswirkungen in Kraft setzte: das Wehrpflichtgesetz und das Zollgesetz. Das erste war zwar psychologisch durch das Gesetz über die nationale Verteidigung, das ihn zum obersten Kriegsherrn machte, vorbereitet, aber daß jetzt ausgerechnet Westberlin, dem in *Ulbrichts* Propaganda die Rolle eines waffenstarrten, kriegslüsternden Aggressors zugeschrieben wird, der einzige Teil Deutschlands ist, in dem es keine Wehrpflicht, ja nicht einmal einen einzigen waffentragenden deutschen Soldaten gibt, das überfordert selbst hartgesottene Dialektiker der SED.

Wirtschaft und Wehrpflicht

Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Wehrpflichtgesetzes liegen in erster Linie auf dem Gebiet der Arbeitskraftversorgung und berühren das Verhältnis von Kaufkraft und Warenfonds. Es ist nicht anzunehmen, daß die Erklärung des SED-Ministers und Armeegenerals *Hoffmann* vor der Volkskammer, die Stärke der Volksarmee werde auch weiterhin 90 000 Mann betragen, ernst gemeint war. Augenblicklich haben die acht wehrpflichtigen Jahrgänge der männlichen Jugend der SBZ eine Stärke von etwa 1,2 Millionen. So hoch kann der Anteil der Wehruntauglichen und der Uk-Gestellten gar nicht sein, daß alle andert-halb Jahre nur 90 000 eingezogen würden. Dazu kommen noch die zu drei- bis sechsmonatigen Übungen eingezogenen Reservisten im Alter bis zu 50 und bei Offizieren bis zu 60 Jahren. Diese Wehrpflichtigen, zugleich ja vollwertige Arbeitskräfte, werden der Wirtschaft fehlen; denn sie können dort nicht ersetzt werden.

In diesem Lichte gewinnen die am Jahresanfang erlassenen Verordnungen über die Berechnung des Durchschnittsverdienstes (als Grundlage der Krankengeldberechnung) und über die Lohnzahlung eine besondere Bedeutung; denn nach der Erläuterung des Sekre-

tärs des zuständigen Komitees für Arbeit und Löhne, *Sosna*, sollen beide „Verordnungen“ Ordnung und Disziplin in der Arbeit schaffen helfen. Nach dem bisherigen Verfahren wurden die Ausgleichszahlungen auf der Grundlage des Verdienstes der letzten 13 Wochen bzw. der letzten Lohnabrechnungsperiode ermittelt. Das sei „für die Gesellschaft von Nachteil“ gewesen. Der Anreiz zum Krankfeiern sei besonders im ersten Quartal jedes Jahres sehr stark; denn infolge der hohen Produktion im letzten Quartal seien oft 90 vH des errechneten Durchschnittslohnes höher als die Lohnsumme im ersten Quartal. In der Jahresmitte sei dagegen die Produktion ständig „sehr abgesunken“, so daß dann wirklich Kranke bei der Ausgleichszahlung benachteiligt würden. Diese Verordnung zwingt den Arbeiter zu konstant hoher Leistung, damit er bei Krankheit — ohne Betriebsunfall insgesamt nur für sechs Wochen pro Jahr — eine möglichst hohe Ausgleichszahlung erhält. Außerdem wird vorgeschrieben, daß Lohnscheine nicht zurückgehalten und als „Schubkastenreserven“ gestapelt werden dürfen, sondern unmittelbar nach Beendigung des Arbeitsauftrages abgerechnet werden müssen. Dadurch soll der Ausgleich zwischen guten und schlechten Normen durch den einzelnen unmöglich gemacht werden. Mit dem Hinweis, daß die Durchsetzung dieser Bestimmungen eine „gründliche politische Überzeugungsarbeit“ erforderlich mache, wird angedeutet, in wessen Interesse sie erlassen wurden.

Auch die Bemühungen, noch mehr Frauen in den Arbeitsprozeß einzugliedern, liegen auf dieser Linie. Am 23. Dezember 1961 erschien ein Kommuniqué des Politbüros der SED mit dem Titel: „Die Frau — der Frieden und der Sozialismus“. Für 1962 wird ein „Frauenförderungsplan“ vorgeschrieben, der bei zu qualifizierenden Frauen mit Kindern Sonderregelungen vorsieht. Die Mütter von schulpflichtigen Kindern gehörten grundsätzlich an den Arbeitsplatz; denn der Staat werde die Kinder im Hort gut betreuen.

Die Knappheit an Arbeitskräften zwingt darüber hinaus zu immer neuen Aktivistenbewegungen. Eine Brigade eines volkseigenen Installationsbetriebes in Chemnitz hat durch einen offenen Brief an Rostocker Installateure, in dem die viel längere Arbeitszeit für die gleiche Leistung in Rostock scharf kritisiert wurde, eine solche Bewegung ausgelöst. Überall sollen nun nach dem Rezept der Brigade Porstmann aus Chemnitz Leistungsreserven freigelegt werden. Im VEB See- und Hafenausbau Rostock sei zum 30. September 1961 die Arbeitsproduktivität nur mit 90,7 vH, der geplante Durchschnittslohn dagegen bei einer durchschnittlichen Normerfüllung von 186,1 vH mit 99,1 vH in Anspruch genommen worden. Im VEB Spezialbau Leipzig sei es noch verheerender gewesen. Arbeitsproduk-

tivität nur zu 86,4 vH, dagegen Lohnanspruchnahme von 103 vH bei 177,8 vH durchschnittlicher Normerfüllung. Das seien nicht nur Einzelfälle. „Alle sollen ehrlich die Hand aufs Herz legen“ und ihre Fehler bekennen.

Der durch das Wehrpflichtgesetz bedingte Ausfall an Arbeitskräften bedeutet aber nicht nur einen Produktionsverlust, sondern er erhöht auch das Mißverhältnis von Kaufkraftüberhang zur zu geringen Warenversorgung. Der Wehrsold von monatlich 80 DM, für Gefreite 90 DM, für Stabsgefreite 100 DM und für Unteroffiziere 110 DM liegt zwar nicht erheblich über den Lehrlingsgehältern, aber bei Verheirateten kommen noch Beträge für die Familienangehörigen hinzu, und diesem Einkommen entspricht keine Produktionsleistung und keine wirtschaftlich relevante Dienstleistung. Bei Abzahlungsverpflichtungen von Dienenden kann Stundung erwirkt werden.

Die Möglichkeit zu Abzahlungsgeschäften ist jedoch in der SBZ seit kurzem stark eingeschränkt worden. Teppiche, Gardinen, Polster- und andere Einzeilmöbel, Beleuchtungskörper, Kühlschränke, Waschmaschinen und andere elektrische Haushaltsgeräte, Wasserfahrzeuge, Campingartikel, Schreibmaschinen und eine Reihe anderer Waren sind vom Ratenkauf ausgeschlossen. Dabei wurde offen zugegeben, daß dieses Verbot die Folge des zu geringen Warenangebotes im Zusammenhang mit dem — nach Meinung der Staatsbehörden — zu schnell gewachsenen Einkommen sei. Hierzu war im Zentralorgan der SED zu lesen: „Wir konnten bei einer ganzen Reihe von Nahrungs- und Genußmitteln, industriellen Konsumgütern das Verbrauchsniveau der westdeutschen Bevölkerung einholen und überholen.“ Einzelangaben fehlten bezeichnenderweise. Man wollte vor seinen Lesern offenbar nicht völlig das Gesicht verlieren. Deshalb wurde anschließend auf Schwierigkeiten und eine ganze Reihe von Problemen hingewiesen. Die These, daß die kauffähige Nachfrage dem Warenangebot gesetzmäßig vorauszuweichen habe, und dieser Zustand bestehe in der SBZ, sei eine falsche und zudem noch dogmatisch ausgelegte These *Stalins*.

Das Zollgesetz

Mit ähnlichen dialektischen Übungen wie bei der Begründung des Wehrpflichtgesetzes wurde das neue Zollgesetz der SBZ erläutert. Es sei die notwendige Antwort auf das neue westdeutsche Zollgesetz. Dieses spiegele die „Abspaltung Westdeutschlands aus dem deutschen Nationalverband“ wider und beziehe in „ungeheurerlicher Weise“ Westberlin, das Territorium der DDR, Teile des Staatsgebietes der Sowjetunion und der Volksrepublik

Polen in das westdeutsche Hoheitsgebiet mit ein. Demgegenüber gelte das Zollgesetz der SBZ lediglich für ihr Gebiet, wobei davon ausgegangen werde, daß die zollrechtliche Stellung Westberlins im Rahmen vertraglicher Vereinbarungen mit Pankow geregelt werden müsse. Bis dahin bleibe im Warenverkehr mit Westberlin und der Bundesrepublik sowie mit allen anderen Staaten alles beim alten. Man erwarte allerdings, daß der Senat von Westberlin sich eine eigene Zollverwaltung schaffe. Die Bedeutung dieses Gesetzes liegt demnach nicht in einer aktuellen Wirkung. Es hat vielmehr den Charakter einer Bombe mit Zeitzünder.

Landwirtschaftliche Probleme

Die schlechten Ernteergebnisse des letzten Jahres haben die staatlichen Stellen veranlaßt, sich vor Beginn der Frühjahrsarbeiten intensiv mit landwirtschaftlichen Problemen zu befassen. Über 940 000 Bauern und Bäuerinnen sollen zwar in den Produktionsgenossenschaften zusammengeschlossen sein, aber der Anteil der Jugendlichen sei zu niedrig, da sie andere Arbeitsplätze bevorzugten. Aber nicht nur auf den Arbeitskräftemangel ist zurückzuführen, daß der Plan 1961 in wichtigen Positionen nicht erfüllt worden ist, daß „eine Reihe von Flächen nicht bestellt“, die agrotechnischen Termine nicht eingehalten und Anbaupläne verletzt wurden. „Eine Reihe von LPG hatten hohe Ernteverluste.“ Seit 1950 sollen den Landwirtschaftsbetrieben zwar mehr als 73 000 Traktoren, 9000 Mährescher, 8000 Kartoffelkombines, 4000 Rübenkombines usw. zur Verfügung gestellt worden sein, aber die Mechanisierung der Arbeitsvorgänge ist trotzdem unzureichend. Bis zum Beginn der Frühjahrsbestellung sollen in der Zone mindestens 10 000 neue Traktoristen, insbesondere aus jugendlichen Kreisen, ausgebildet werden, was mit der Zuführung von neuen Traktoren begründet wird.

Auch einer entscheidenden finanziellen Frage widmete man besondere Aufmerksamkeit. „Wir halten die Zeit für gekommen, von der Subvention zum materiellen Anreiz überzugehen und die Zuweisung staatlicher Mittel an die Planerfüllung zu binden.“ Selbst die Kreditgewährung sollte nur bei Planerfüllung möglich sein. Wenn diese Ankündigungen, die dem „Beschlusentwurf für den VII. Deutschen Bauernkongreß vom 9. bis 11. März in Magdeburg“ entnommen sind, verwirklicht werden, ohne daß die Arbeit in den LPG verbessert worden wäre, dann würde wohl der öffentliche Haushalt von Milliardenlasten befreit, aber der größte Teil der LPG in ernste finanzielle Schwierigkeiten geraten. Die totale Kollektivierung hat den im vormaligen privaten bäuerlichen Nutzstreben liegenden Leistungsanreiz ersatzlos besei-

tigt. Damit besteht hier die gleiche Situation wie in der Industrie, wo der Staat ebenfalls zu dem Hilfsmittel des sogenannten materiellen Anreizes greifen mußte.

Erstmalig wird in dem Beschlusentwurf gegeben, daß „besonders in den Bezirken Rostock und Potsdam große LPG ohne entsprechende Voraussetzungen geschaffen“ worden seien. Der jetzige Chef der Staatlichen Plankommission, *Mewis*, hatte im Frühjahr 1960 die Bauern seines Bezirkes Rostock als erster hundertprozentig kollektiviert. In den Bezirken Chemnitz, Dresden und Cottbus sei die genossenschaftliche Arbeit in den LPG des Typs I noch völlig unterentwickelt. Offensichtlich soll auf dem Magdeburger Bauernkongreß das Startzeichen zu einer weiteren Verstärkung der kollektiven Prinzipien gegeben werden, worauf vor allem die Pläne zur Revidierung des Statuts der LPG des Typs II und III hinweisen. Damit dürfte der im Sommer 1952 begonnene „Klassenkampf auf dem Dorfe“ nach seiner letzten, revolutionären Phase umgestellt werden auf eine Phase der inneren Konsolidierung. Das wird die Schwierigkeiten der SED auf dem Lande nicht verringern; denn nun müssen ihre Funktionäre einmal sachliche Arbeit leisten.

Integration und Spannungen im Ostblock

In unsere Berichtszeit fielen zwei bedeutende Tagungen der Mitglieder des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Sie fanden im Dezember 1961 in Warschau und im Januar 1962 in Moskau statt. Die Warschauer Konferenz diente einer besseren Koordinierung der Wirtschaftsplanung — von diesem Jahre an bereits bis zum Jahre 1980 —, wobei ein von der Sowjetunion vorbereiteter Entwurf der Grundprinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung gebilligt worden ist. Der Grund dafür lag in erster Linie in einem den Moskauer Planern nicht ausreichenden Ergebnis der industriellen Spezialisierung im wesentlichen zwischen der SBZ, der CSR und Polen.

Im Mittelpunkt der Beratungen der Außenhandelskommission des RGW in Moskau standen die Fragen der Intensivierung des Austausches von Maschinen zwischen den Mitgliedern. Mehr als 75 vH ihrer Importe an Maschinen und maschinellen Anlagen entstammten bereits heute dem Raum des RGW. Die Fragen der Montage in den Bezugsländern wurden geklärt. Daneben wurde festgelegt, daß zur Entwicklung des Interostblockhandels die Abrechnung der gegenseitigen Lieferungen nach einem mehrseitigen Clearing erfolgen sollte. Nach der Formulierung des Kommuniqués ist anzunehmen, daß dieser sensationelle Übergang zu einem multilateralen Handelsverkehr lediglich für den Bereich Maschi-

SOWJETZONE

nen vorgesehen ist. Immerhin wäre damit das Tor zu einer größeren Beweglichkeit — wenn auch nur innerhalb des RGW — aufgestoßen.

Neben diesem Beschluß fiel auf beiden Tagungen das Fehlen der chinesischen und der albanischen Delegation auf. Nach der Abberufung der Spezialisten und Ratgeber aus China und Albanien werden nun also auch die Planungsfunktionäre dieser zwei Länder isoliert. Ob keine Einladung ergangen war aus Moskau oder ob eine solche ausgeschlagen wurde, blieb unerwähnt. Der stellvertretende tschechische Ministerpräsident *Simunek* dürfte mit seiner vor kurzem in der *Rüde Pravo* veröffentlichten Rede besonders deutlich gemacht haben, warum im Ostblock politische Spannungen unweigerlich zu wirtschaftlichen Differenzen führen. Er sagte u. a.: „Nur durch eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion können wir die Diskrepanz zwischen unserem Mangel an Rohstoffen und den zahlreichen Anforderungen überwinden, die unsere Gesellschaft an sie stellt.“ Diese Anforderungen entstammen dem von Moskau dirigierten Gesamtplan des RGW. *Lenins* Definition des Wortes „Kolonie“: „Verschiedene Arten von Staaten, die zwar politisch und offiziell selbständig, aber in Wirklichkeit in den Netzen finanzieller und außenpolitischer Abhängigkeit gefangen sind“), kommt der Verflechtung im RGW bemerkenswert nahe.

Leipziger Messeneuheiten

Eines der wichtigsten außenwirtschaftlichen Ereignisse der SBZ in jedem Frühjahr, die Leipziger Messe, muß diesmal ebenfalls ohne China stattfinden, das dort eine eigene Ausstellungshalle besitzt und in den letzten Jahren regelmäßig in Leipzig vertreten war. Dies geht eindeutig auf eine chinesische Entscheidung zurück. *Mao Tse-tung* nahm damit zur Leipziger Messe die gleiche Haltung ein wie der Verband der westdeutschen Stahlindustrie und die pharmazeutischen Firmen und Pharmabteilungen der großen chemischen Firmen der Bundesrepublik, die ebenfalls in Leipzig nicht ausstellen wollen.

In Halle 15 der Technischen Messe soll ein nach den im Forschungslaboratorium von Prof. v. *Ardenne* gemachten Erfahrungen entwickelter Hochvakuum-Elektronenstrahl-Mehrkammerschmelzofen des Typs VSES 60 eine besondere Attraktion bilden. Mit ihm soll es jetzt auch in der SBZ ermöglicht werden, Metalle mit einem Reinheitsgrad für höchste Ansprüche zu gewinnen. Sicher wird man in Leipzig weiter gebührend darauf hinweisen, daß Ende Januar der 100 000. Kleinwagen Tora Typ „Trabant“ das Montageband des VEB Automobilwerkes „Sachsenring“ verlassen

hat. Wie viele davon in den Export gingen, wird schwerlich erläutert werden. Der Stand des VEB Waggonbau Ammendorf wird dagegen an sichtbarer Stelle erkennen lassen, daß dieser „zweitgrößte Exportbetrieb der DDR“ bisher 6000 Weistrecken-Schnellzugwagen nach Rußland geliefert hat, eine beachtliche Leistung, verglichen mit dem über 30 Jahre betragenden Durchschnittsalter des rollenden Materials der mitteldeutschen Reichsbahn.

Die Messebesucher werden sich ferner davon überzeugen können, daß nach der totalen Demontage des elektrischen Zugbetriebs durch die sowjetische Besatzungsmacht in Mitteldeutschland nunmehr „schon 360 km elektrisch befahren werden“, und zwar die Strecken Leipzig—Altenburg (Thür.), Bohlen—Espenhain und Neukieritzsch—Borna. Die nächsten Vorhaben sind die Linien Altenburg—Zwickau und Zwickau—Chemnitz. Am Ende des Siebenjahrplanes, also im Jahre 1965, soll der alte Plan der Deutschen Reichsbahn verwirklicht sein, der die Elektrifizierung der Strecken Dresden — Riesa — Leipzig — Zwickau — Chemnitz—Dresden bereits vor dem Kriege vorgesehen hatte.

Eine weitere Verbesserung auf verkehrswirtschaftlichem Gebiet bedeutet die Kapazitätserweiterung des Rostocker Hafens. In diesem Jahre sollen 3,8 Mill. t Güter und 1,5 Mill. t Öl dort umgeschlagen bzw. gelöscht werden. Das nach wie vor starke Engagement der mitteldeutschen Hochseewerften für sowjetischen Bedarf wird allerdings auch weiterhin eine Erhöhung des Anteils des unter eigener Flagge fahrenden Güterverkehrs von jetzt rund 15 vH sehr erschweren. Die Importtransporte über die Seehäfen der Zone sollen in diesem Jahre um 33 vH zunehmen. Da es der SBZ-Reichsbahn an Kesselwagen fehlt und die Anmietung westdeutscher Kesselwagen vermieden werden soll, „um unser Verkehrswesen immun gegen alle feindlichen Störversuche zu machen“), hat die Sowjetunion 600 Kesselwagen zur Verfügung gestellt.

Diese an wehrwirtschaftliche Äußerungen aus der Zeit des Dritten Reiches erinnernde Begründung offenbart Gedankengänge, die nur schwer zum Konzept einer friedlichen Koexistenz passen. Wer aber seine Wirtschaft in diesem Sinne dirigiert, führt kalten Wirtschaftskrieg gegen einen Handelspartner, der den für ihn selber gesamtwirtschaftlich völlig uninteressanten Interzonenhandel korrekt weiterführt, und das, obwohl zur gleichen Zeit in Pankow verkündet wird, daß die Bundesrepublik als Lieferant wichtiger Waren in absehbarer Zeit durch die Sowjetunion ersetzt werden müsse. *Dr. Walter Meier*

1) Große Sowjet-Enzyklopädie.

2) Reichsbahnoberrat Wengler in „Die Wirtschaft“ vom 17. 1. 1962, S. 7.